

Unser Werkblatt

Werkblatt von und für Universitäts-Beschäftigte

- Ausgabe Nr. 23 - 15. September 2011 -



Ihre Politik und Unsere...

Ohnmächtig – so fühlen sich viele BerlinerInnen angesichts einer Abgeordnetenhaus-Wahl, bei der man eigentlich keine Wahl hat.

Die Parteien, die sich eine soziale Politik und die Tradition der ArbeiterInnenbewegung auf die Fahnen schreiben – SPD und Linkspartei – haben in den letzten zehn Jahren rot-roter Regierung die Situation weiter verschlechtert.

Rot-Rot hat die **Gehälter im öffentlichen Dienst um 12% gesenkt** und die Zahl der Stellen um ein ganzes Drittel reduziert. Auch wurde dank rot-roter Bildungspolitik die Lernmittelfreiheit abgeschafft und mit dem neuen Hochschulgesetz 2011 die Bedingungen an den Universitäten weiter verschlechtert. Dafür boomen Armut und Leiharbeit. 150.000 Wohnungen hat der rot-rote Senat an private InvestorInnen verschertelt, den sozialen Wohnungsbau gestoppt und die Wasserbetriebe privatisiert.

Doch auch die Grünen sind keine Alternative. In der Bundesregierung lasteten sie uns **Angriffskriege und HartzIV** auf. In Baden-Württemberg baut die grüne Schein-Opposition heute an S21. Also an dem Bahnprojekts, gegen das sie in der Opposition noch protestierte.

RassistInnen im Wahlkampf

Nationalismus und offener Rassismus sind während dieser Wahlen stark präsent. Zur faschistischen NPD gesellen sich „Die Freiheit“ und „Pro Deutschland“. Die Medien propagieren die „Demokratische Wahl gegen Rechts“. Doch kann die Wahl von CDU, SPD oder selbst der Linkspartei

rassistische Hetze verhindern? **Nein!** Denn es ist die Politik der großen Parteien, die den RechtspopulistInnen erst den Nährboden bereitet.

Es ist der Nationalismus und Rassismus der bürgerlichen Alltagspolitik, der den Rechten alle Türen öffnet. So der Rassismus des SPDlers Thilo Sarrazin oder der Wahlkampf der FDP.

Gegen RechtspopulistInnen und Nazis müssen wir **gemeinsam auf der Straße stehen!** Mit einem internationalistischen und antikapitalistischen Programm gegen Ausgrenzung, Ausbeutung, Entlassung...

Parlamentarismus?

Wirklich demokratisch sind die jetzigen Zustände keinesfalls. Das merken wir bei den Wahlen deutlich: Wir dürfen prokapitalistischen Parteien **Blankoschecks** für die nächsten fünf Jahre ausstellen – auf der Basis von sogenannten Wahlversprechen.

Und nicht mal das dürfen alle: Unsere NachbarInnen oder FreundInnen ohne deutschen Pass oder Jugendliche unter 18 Jahren dürfen sich zwar von Unternehmen ausbeuten lassen, aber politisch nichts entscheiden. Nach den Wahlen sollen wir dann still weiterarbeiten: An Arbeitsplätzen, wo **ungewählte Bosse** das Sagen haben.

Gegen diesen Unsinn müssen wir mit der Perspektive allgegenwärtiger ArbeiterInnendemokratie kämpfen. Wir müssen uns organisieren und die diktatorischen Entscheidungen der Chefs nicht hinnehmen. Entlassungen und Betriebsschließungen müssen wir mit Streik, Besetzung und Enteignung beantworten. Letztendlich müssen wir die privaten Unternehmen,

die Banken und Konzerne enteignen. An die Stelle der scheindemokratischen Herrschaft des Kapitals müssen wir eine **wirklich demokratische Planwirtschaft setzen**. Politische Verantwortung darf nicht auf „gute“ Abgeordnete abgeschoben werden. SPD und Linkspartei setzten am Ende die selben Kürzungen durch, wie die CDU. Mit dem einzigen Unterschied, dass ihnen die sozialen Angriffe „Leid tun“. Na danke sehr...

Was also tun?

Heute besitzt die lohnabhängige Bevölkerung keine Partei! JedeR, der oder die wählen darf, sollte am 18. September zur Wahl gehen und den Wahlzettel ungültig machen. Als Protest gegen die bestehende Parteienlandschaft.

Es kommt aber vor allem darauf an, dass wir selbst anfangen aktiv zu werden. Wir müssen uns organisieren, damit nicht immer wieder die selben Fehler wiederholt werden. **Wir wissen selbst am besten, was gut für uns ist.**



Gegen Leiharbeit

Leiharbeit boomt in Deutschland – über 600.000 Menschen schuften zu Niedriglöhnen für Firmen, die sie an andere Firmen „ausleihen“. Das sehen wir auch hier in der Mensa. Die Geschäftsführung will scheinbar keine neuen Beschäftigten fest einstellen – stattdessen wird von einer Firma „ausgeliehen“. Das wurde bei der letzten Personalversammlung angeprangert.

Leiharbeit ist ein Problem für den Mensabetrieb, weil immer wieder neue Leute in die Arbeitsabläufe eingeführt werden müssen. Aber es ist vor allem ein Problem für diese KollegInnen selbst, weil sie weniger Lohn und Sicherheit haben. Deswegen sollten wir die **Übernahme von allen LeiharbeiterInnen** in die Stammbeslegschaft fordern.

Dass LeiharbeiterInnen kämpfen können, zeigen gerade die KollegInnen der CFM...

Streik in der Charité



Bereits im Mai gab es einen Streik an der Charité. Die PflegerInnen und TechnikerInnen an diesem Universitätsklinikum bekamen durch ihren Streik etwas bessere Löhne. Und jetzt gibt es wieder einen Krankenhausstreik?

Dieses Mal geht es um die KollegInnen der Charité Facility Management (CFM). Dieses Niedriglohnunternehmen wurde von der Charité zusammen mit der privaten Wirtschaft gegründet. Die CFM beschäftigt über 2.000 KollegInnen, oft mit unsicheren Verträgen und Stundenlöhnen von 5 bis 7 Euro – und ohne Tarifvertrag.

Wie das gesamte Gesundheitssystem, wird auch das Universitätsklinikum Charité seit Jahren kaputt gespart – zu Lasten der Beschäftigten.

Die Folgen bekommen auch Studierende und PatientInnen zu spüren. **Deswegen ist dieser Streik unterstützenswert!** Es gibt bereits Solidarität von Studierenden und SchülerInnen.

Besonders im Wahlkampf sollten wir bedenken, dass die Parteien im Senat, die auf Wahlplakaten gute Arbeit fordern, in den Krankenhäusern **Hungerlöhne** bezahlen.

Bildung statt Profite

Letzten Samstag demonstrierten **6.000 Eltern, SchülerInnen und KollegInnen** gegen die Bedingungen in Berliner Schulen und Kitas.

Eltern finden kaum Hort-Plätze für ihre Jüngsten. Die Schulklassen sind überfüllt und verwahrlost. Angehende LehrerInnen werden kaum übernommen, die älteren KollegInnen müssen länger schuften.

Das Turboabi plagt die SchülerInnen. Doch nur wenige dürfen überhaupt aufs Gymnasium. Die Meisten werden auf Haupt- und Realschule abgeschoben. Eine **einheitliche Oberschule** für alle SchülerInnen muss her!

Viel muss getan werden. Doch die Bitte um „mehr Geld“ reicht nicht. Die PolitikerInnen kennen die Schulen nicht. Die SchülerInnen und LehrerInnen müssen den **Lügen der „leeren Kassen“** klare Forderungen entgegensetzen. Nur sie wissen, was wirklich gebraucht wird.

Wenn Geld fehlt, muss man die städtischen **Privatisierungen zurück nehmen!**

„UNSER WERKBLATT“ wird von RIO herausgegeben.

Wir sind eine Gruppe, die seit den letzten Bildungsprotesten zu den Beschäftigten und Studierenden der Universitäten geht. Wir haben den Warnstreik der Studentenwerksbeschäftigten sowie den Streik der Reinigungskräfte aktiv unterstützt. Jetzt möchten wir dabei helfen, dass Beschäftigte an der Universität sich

RIO Revolutionäre
Internationalistische
Organisation

☒ BERLINER WAHLEN

Im September wird in Berlin gewählt. Fünf große Parteien (SPD, Linkspartei, Grüne, CDU und FDP) wollen Deine Stimme haben. In jeder Ausgabe des Werkblatts werden wir uns mit einer dieser Parteien auseinandersetzen.

Linkspartei/PDS

Die Linkspartei verspricht: gute Jobs, bessere Schulen und ein Ende von steigenden Mieten und Privatisierungen. Da kommt man kaum auf die Idee, dass die Linkspartei seit 10 Jahren mit der SPD die Regierung bildet.

In diesen zehn Jahren hat „Rot-Rot“ **150.000 Sozialbauwohnungen privatisiert.** Die Folgen sind drastische Mietsteigerungen. Jetzt sollen wir also die Linkspartei wählen, weil sie gegen die Probleme vorgehen will, die sie selbst geschaffen hat?

Typisch ReformistInnen: Erst versprechen sie Politik für Beschäftigte und sogar Sozialismus. Aber dann gehen sie in die Regierung und machen **Politik im Sinne der Bosse.** Das zeigt, dass Politik für Beschäftigte nicht im Senat, sondern nur in unseren Kämpfen gemacht werden kann. Die „RegierungssozialistInnen“ der Linkspartei verdienen keine Unterstützung von Beschäftigten.

für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen können. Dafür verbreiten wir mit diesem Flugblatt Infos aus dem Betrieb sowie von anderen Arbeits- und Bildungsprotesten. Willst Du das unterstützen? Hast Du ein Problem im Betrieb, das Dich schon lange genervt hat? Wende Dich an uns: Entweder direkt an eine/n der FlugblattverteilerInnen oder per Email oder Telefon. Wir sammeln diese Infos natürlich auch anonym.

Kontakt:

info@revolution.de.com